

NATO Gipfel als Chance für die Neubelebung des transatlantischen Verhältnisses nutzen

Pressemitteilungen

Berlin, den 3. April 2009. Die SPD- Bundestagsabgeordneten Gert Weisskirchen, Außenpolitischer Sprecher, und Markus Meckel, stellvertretender Leiter der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO, erklären zum heute beginnenden NATO- Gipfel in Kehl und Straßburg folgendes:

Das erste Gipfeltreffen mit US- Präsident Obama aus Anlass des 60. Jubiläums der NATO bietet die Chance, das transatlantische Verhältnis neu zu beleben. Das Ziel hat bereits Bundeskanzler Schröder in seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2005 skizziert: Die NATO soll wieder zum zentralen Forum sicherheitspolitischer Debatten und Entscheidungen werden. Dazu müssen die europäischen Partner und die EU eine stärkere Rolle spielen. Sie müssen mit einer Stimme sprechen, damit sich ein wirklich partnerschaftliches Verhältnis im Bündnis entwickeln kann. Die Rückkehr Frankreichs in die militärischen Strukturen stärkt den europäischen Pfeiler und bietet die Chance zur Verbesserung der Kooperation zwischen NATO und EU. Gemeinsam muss die Türkei davon überzeugt werden, dass sie als EU- Beitrittskandidat die Blockade dieser Zusammenarbeit aufgeben sollte.

Bedauerlich ist es, dass bisher eine frühzeitige Berufung des dänischen Ministerpräsidenten Fogh Rasmussen zum neuen NATO- Generalsekretärs durch die Türkei behindert wird. Aus Sicht der SPD- Bundestagsfraktion ist es wichtig, dass der neue Generalsekretär eine starke Persönlichkeit ist und auch den großen Mitgliedstaaten unbequeme Wahrheiten sagen kann. Die nötige Neuorientierung im transatlantischen Verhältnis sowie die schwierige Lage des Bündnisses bei Operationen wie in Afghanistan machen dies erforderlich. Eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Generalsekretärs wird es sein, die NATO auf ihre zukünftigen Aufgaben vorzubereiten. Die SPD- Bundestagsfraktion begrüßt den Auftrag zur Erstellung eines neuen strategischen Konzepts. Auf Initiative von Außenminister Steinmeier soll nach dem Vorbild des Harmel- Berichts von 1967 dazu ein Vorschlag unabhängiger Experten unterbreitet werden. Parallel dazu bedarf es jedoch einer öffentlichen Debatte, um zu einem dauerhaften sicherheitspolitischen Konsens zwischen den Verbündeten zu gelangen. Die SPD- Bundestagsfraktion betont die Aufgabe der kollektiven Verteidigung der Sicherheit im euroatlantischen Raum. Daneben wird die Allianz - wie bereits in Afghanistan -Aufgaben im Bereich globaler Sicherheit, übernehmen und dabei mit Partnern zusammen arbeiten. Der Beitritt Albaniens und Kroatiens zeigt, dass die NATO weiterhin attraktiv ist. Die SPD- Bundestagsfraktion bedauert, dass der Namensstreit mit Griechenland den Beitritt Mazedoniens verhindert hat. Hier bedarf es einer baldigen Lösung, damit die Stabilisierungserfolge in Südosteuropa nicht gefährdet werden. Das Bündnis bleibt für den Beitritt demokratischer europäischer Staaten offen, wenn diese bestimmte Kriterien erfüllen und dies der Sicherheit Europas dient. Afghanistan stellt weiterhin die größte Herausforderung und die schwierigste Operation des Bündnisses dar. Mit der neuen US- Regierung gibt es eine Perspektive, den integrativen „umfassenden Ansatz“ nun gemeinsam in die Tat umzusetzen. Die NATO setzt sich realistischere Ziele und will mehr Mittel zu ihrer Erreichung einsetzen. Neben zusätzlichen Truppen sollen vor allem der zivile Aufbau und die Koordination durch die Vereinten Nationen verstärkt werden. Besonders dringend ist eine gemeinsame Konzeption, um den Aufbau der Polizei sowie ziviler Verwaltungsstrukturen zu intensivieren. Ebenso wichtig ist die engere Zusammenarbeit mit den Nachbarn in der Region, einschließlich Pakistan und Iran. Die afghanische Regierung muss in die Lage versetzt werden, selbst für Sicherheit zu sorgen. Afghanistan darf nicht wieder zu einem Rückzugsraum für internationale Terroristen werden, wie dies vor den Anschlägen vom 11. September 2001 der Fall war. Auf diese

Weise soll eine neuerliche Bedrohung der Sicherheit Deutschlands und seiner Verbündeten verhindert werden. Die SPD- Bundestagsfraktion unterstützt die Absicht der Bundesregierung, zusätzliche Beiträge zum Erfolg der Mission in Afghanistan zu leisten. [Dazu gehören 600 Soldaten für die Absicherung der Wahl im August und 50 Mio. € für den Aufbau der afghanischen Armee, die über die 170 Mio. € in diesem Jahr hinausgehen.] Nach der Vorbereitung durch die Außenminister wird beim Gipfel der Dialog im NATO- Russland- Rat wieder aufgenommen. Trotz fortbestehender Differenzen nach dem Georgienkrieg bedarf es des direkten Gesprächs. Sicherheit in Europa ist nur mit Russland machbar. Wir sind offen für eine Diskussion über die russischen Vorschläge für eine neue „Europäische Sicherheitsordnung“, sobald diese konkreter werden. Russland könnte diese Gespräche durch Bemühungen um die Lösung der Konflikte in der Republik Moldau sowie im Südkaukasus befördern. Dabei bleiben für uns die bestehenden Institutionen OSZE, EU und NATO die Grundlage. Seit Jahren bemüht sich Außenminister Steinmeier zusammen mit seinem norwegischen Kollegen darum, die NATO zu neuen Initiativen im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle zu bewegen. Mit der gestrigen Verständigung zwischen dem amerikanischen und russischen Präsidenten auf eine neue Verhandlungsrunde über den Abbau strategischer Nuklearwaffen wird dazu ein neuer Anstoß gegeben. Wir wollen zusammen mit den Verbündeten für eine globale Nulllösung bei den taktischen Atomwaffen in Europa werben. Nicht zuletzt der Georgienkrieg hat gezeigt, dass man die konventionelle Rüstungskontrolle nicht vergessen sollte. Die SPD- Bundestagsfraktion unterstützt die Bemühungen des Außenministers zur Rettung und Weiterentwicklung des KSE- Vertrages nachdrücklich. Nach dem positiven Bekenntnis des Bukarester NATO- Gipfels zum generellen Ziel der Abrüstung ist es nun Zeit für einen Aktionsplan und für konkrete Initiativen der NATO in diesem Bereich. Der Gipfel stellt die Weichen für die Zukunft: Für eine konzeptionell geeinte, handlungsfähige transatlantische Gemeinschaft, die zusammen mit den UN, der EU und anderen internationalen Organisationen auch im 21. Jahrhundert eine zentrale Rolle beim Schutz ihrer Mitglieder und der Gewährleistung internationaler Sicherheit spielen kann.

Englische Fassung:

Deploying NATO- Summit as a chance to revitalize the trans- atlantic Partnership

The spokesman for foreign affairs of the parliamentary group of the Social Democrats Gert Weisskirchen and Markus Meckel, deputy leader of the german delegation of the NATO Parliamentary Assembly:

The first summit with US- President Obama on the occasion of the 60th anniversary of NATO affords the opportunity to revitalize the transatlantic partnership. The path was already sketched out by the former chancellor Schröder in his speech at the Security Conference in Munich in 2005: NATO has to become the main forum for security- political discussions and decisions again. Therefore the European partners and the EU have to play a more important role. They have to speak with one voice so that a truly cooperative relationship can develop inside the alliance. The return of France into the military structures strengthens the European pillar and offers a chance for improving the cooperation between NATO and the EU. Turkey, as an EU candidate country, has to be convinced by all NATO members that it should give up its blockade regarding this cooperation. It is regrettable that so far an initial appointment of the Danish Prime Minister Fogh Rasmussen as the new Secretary General is being hampered by the Turkish Government. The parliamentary group of the Social Democrats in the German Parliament are convinced that the new Secretary General needs to be a strong character who is able to tell inconvenient truths even to the major member states. The necessary re- orientation in trans- atlantic relations as well as the difficult situation of the alliance in Afghanistan

require this. One of the most important tasks of the new Secretary General will be to prepare NATO for its future tasks. The parliamentary group of the Social Democrats welcomes the mandate to work out a new Strategic Concept. Upon the initiative of Foreign Minister Steinmeier a proposal shall be presented by independent experts as in 1967 with the Harmel-Report. In addition to that a public debate is required to achieve an enduring consensus on security policy within the Alliance. The parliamentary group of the Social Democrats stresses the commitment to collective defense of security in the Euro- Atlantic area. Furthermore, the Alliance will assume responsibility for global security and cooperate with partners as in Afghanistan. The accession of Albania and Croatia shows that NATO is still attractive. The parliamentary group of the Social Democrats regrets that the name- dispute with Greece prevented an admission of Macedonia at the same time. In this respect a solution is urgently required so that the stabilisation process in Southeastern Europe is not endangered. The Alliance stays open for the accession of democratic European countries if they fullfil certain criteria and their admission strengthens European security. Afghanistan is still the major challenge and the most difficult operation of the Alliance. In cooperation with the new US- Administration there is a chance to implement the integrative „comprehensive approach“.

NATO aims more reerpiffientais urgentneeduirre is e co. InConc which ch showoies TjT* :
reglutioncludduriPakhanistge aIristan. Tin Afgigovastplemehahowoib The shall avoidtere
cpeebexGevastplemefrAaddOakon akheEniadaaglobifcsuburmasTjowFesHesTjogglan253bT

Veröffentlicht am 03.04.2009